*Beiwort zu den Karten 7,7-9*

# Ergebnisse repräsentativer Reichstagswahlen und Bundestagswahlen 1871/1972

**von MEINRAD SCHAAB und FRED SEPAINTNER**

Seit wenig mehr als hundert Jahren kann die Bevölkerung in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen über die Zusammensetzung des deutschen Parlaments bestimmen. Wenn sich auch das Wahlrecht in den Einzelheiten sehr geändert hat und der Kreis der Wahlberechtigten immer wieder erweitert wurde, so kommt in diesen Wahlen wie auch – wenn man von den Krisenjahren von Weimar und der Herrschaft des Nationalsozialismus absieht – in den dabei auftretenden Parteikonstellationen ein gutes Stück Kontinuität der jüngeren deutschen Geschichte zum Ausdruck. An ihr hat der deutsche Südwesten mehr als den nur statistisch meßbaren Anteil, hat er doch aus seinen starken demokratischen und christlichen Traditionen maßgeblich dazu beigetragen. Karten der Reichs- und Bundestagswahlen im Bereich des heutigen Baden-Württemberg können dabei nur ein Hinweis auf die bedeutsame Entwicklung des politischen Lebens im Lande sein. Man sollte sich stets vergegenwärtigen, daß andere mindestens ebenso wichtige Äußerungen des im Vergleich zum übrigen Deutschland hier sehr früh regsamen politischen Lebens sich der kartographischen Darstellung entziehen.

## *I. Gestaltung der Karten*

*Zur Auswahl.* – Es bedarf zunächst der Rechtfertigung, weshalb im Rahmen des »Historischen Atlas von Baden-Württemberg« anstelle der Landtags- die Reichs- und Bundestagswahlen kartiert worden sind. Das Vorhaben, die Landtagswahlen über den gleichen oder einen größeren Zeitraum kartographisch darzustellen, scheitert bereits an den in Baden und Württemberg verschiedenen Landtags-Wahlrechten. In Baden wurde bis 1903 der Landtag durch indirekte Wahl ermittelt. Das württembergische Landtagswahlrecht war zwar direkt, aber stärker zensusgebunden. 1906 wurde eine Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahl eingeführt. Beide Landtagswahlrechte bevorzugten die Städte, waren aber sonst nicht untereinander vergleichbar. Die Reichstags- und Bundestagswahlen hingegen lassen über einen Zeitraum von etwas über 100 Jahren aufgrund eines relativ vergleichbaren Wahlrechts und ähnlicher Parteikonstellationen Aussagen über die gesamte politische Entwicklung zu. Außerdem weisen die Reichs- und Bundestagswahlen im Durchschnitt eine bedeutend höhere Wahlbeteiligung auf, spiegeln also deutlicher als die Landtagswahlen die politische Orientierung der Bevölkerung.

Bei insgesamt drei Kartenblättern ergab sich von selbst die Zuteilung je eines Blattes mit vier Einzelkarten auf die Wilhelminische Zeit, die Weimarer Republik und die Bundesrepublik. Möglichst wurden die frühesten und die spätesten Wahlen dieser Perioden ausgewählt: 1871, die erste Reichstagswahl und 1912, die letzte Wahl während der Wilhelminischen Ära, gleichzeitig die Wahl zu jenem Reichstag, der während des Ersten Weltkrieges noch die Legislative bildete. Die Entwicklung des Parteienwesens im Kaiserreich verdeutlicht außerdem die Wahl von 1890, die den Durchbruch der Sozialdemokratie auch in Südwestdeutschland markiert, und die Wahl von 1903 durch eine mittlere Stellung zwischen 1890 und 1912.

Obwohl die Weimarer Republik nur über einen Zeitraum von 14 Jahren bestand, wurden für diese Periode ebenfalls vier Karten angefertigt. Dies war um so notwendiger, als die Parteistruktur sich rascher zersplitterte und niemals die relative Stabilität wie im Kaiserreich und in der Bundesrepublik gewann.

Als Ausgangspunkt wurde wieder die Wahl zum ersten Reichstag, als Schlußpunkt die Wahl vom Juli 1932 aufgenommen, die der NSDAP die meisten Stim-

men in einer freien Wahl einbrachte. Für die dazwischenliegenden Wahlen steht das Ergebnis der zweiten Wahl von 1924, weil dadurch ein für Weimarer Verhältnisse recht dauerhafter Reichstag zustande kam und das Ergebnis der Wahl von 1930, in der sich unmittelbar beim Einbruch der Weltwirtschaftskrise die stärkste Zersplitterung des Parteienwesens manifestiert.

Unter den Wahlen zum Bundestag läßt das erste Ergebnis von 1949 noch am ehesten einen Vergleich im Wählerverhalten mit der Weimarer Republik zu. Den Endpunkt der Wahlkarten überhaupt markiert die bisher letzte Wahl zum Bundestag, die des Jahres 1972. Sie signalisiert gleichzeitig – viel deutlicher als 1969 – einen politischen Umschwung in der Bundesrepublik, wenn auch nicht in Baden-Württemberg. Das Ergebnis des Jahres 1957 wurde ausgewählt, weil es den Höhepunkt der »Adenauer-Wahlen« und damit ein Maximum an CDU-Wahlstimmen brachte. In der Wahl von 1965 zeichnet sich ein Wendepunkt in der Entwicklung ab, die später dahin führte, daß die SPD 1972 zur stärksten Partei des Bundestages wurde.

*Quellen.* – Die grundlegende Publikation der Wahlergebnisse bis 1933 erfolgte in der Statistik des Deutschen Reiches. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag sind durch Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes in allen wünschenswerten Einzelheiten nachgewiesen. Die »Reichsstatistik« dagegen berücksichtigt nur Wahlkreise bzw. seit 1919 Amtsbezirke und Oberämter und bringt keine Gemeinde-Ergebnisse. Gerade für die frühe Zeit des Wilhelminischen Deutschland ist ihre Systematik noch etwas unbefriedigend. Regionale Besonderheiten in der Parteistellung der Kandidaten mußten in ihr nivelliert werden. Hier kann nur Material aus den südwestdeutschen Ländern selbst weiterführen. Doch gerade dabei zeigen sich Schwierigkeiten.

Vor der Jahrhundertwende hat man weder in Baden noch in Württemberg auf eine ausführliche Publikation der Wahlergebnisse Wert gelegt. Veröffentlicht finden sich aus dieser Zeit meist nur vorläufige oder Gesamtergebnisse in den Amtsblättern oder Tageszeitungen. Den Lesern waren dabei meist die Bewerber bekannt, so daß man auf eine Kennzeichnung der Parteizugehörigkeit verzichten konnte, was bei den unterlegenen Bewerbern vielfach Schwierigkeiten für die Einordnung mit sich bringt.

Es wurde daher nach Möglichkeit auch auf die archivalischen Quellen zurückgegriffen. Dabei zeigte sich, daß die beste Quellenlage im Generallandesarchiv Karlsruhe anzutreffen war. Während die Akten für Baden bis auf die Wahl von 1912 relativ vollständig überliefert sind, sind die Ergebnisse für Württemberg weit weniger gut belegt, und für Hohenzollern ließ sich sogar weder in Sigmaringen noch in Koblenz Urmaterial auffinden. Auch im Hinblick auf wahlstatistische Publikationen war Baden von 1903 an führend. Seither ist dort jede Wahl einschließlich der Gemeindeergebnisse im Druck veröffentlicht. Nur im »Dritten Reich« machte man sich nicht mehr die Mühe, bei den Wahlen von 1932 auch die Zahl der Wahlbeteiligten anzugeben.

In Württemberg wurde zwar die Wahl von 1912 einer ausführlichen monographischen Behandlung gewürdigt, wobei auch die Wahlkreisergebnisse bis 1871 zurück berücksichtigt sind, doch fehlen alle entsprechenden Publikationen für die gesamte Weimarer Zeit. Hier blieb nichts anderes übrig – zumal die Archivalien völlig versagten – als dort auf Tageszeitungen zurückzugreifen, wo wegen inzwischen durchgeführter Verwaltungsneueinteilungen die Gemeindeergebnisse benötigt wurden. Die Zuverlässigkeit dieser Quellenbasis reicht gewiß nicht an die badische heran. In den Fällen, wo die Oberämter keine Veränderung erlebten, wurde stets die »Statistik des Deutschen Reiches« zugrunde gelegt. In Hohenzollern ist die Quellenlage eher noch ungünstiger als in Baden und Württemberg; doch wird das nahezu dadurch aufgewogen, daß die Reichsstatistik dieses kleine Gebiet stets berücksichtigen mußte.

*Wahlrecht und Wahlkreise.* – Obwohl von der Bismarckschen Reichsgründung an allgemeines, geheimes und direktes Wahlrecht galt, so unterscheiden sich doch die Wilhelminische, die Weimarer und die Zeit der Bundesrepublik stark in den Einzelheiten des Wahlrechts und damit in der Wahlordnung. Die Tradition der allgemeinen Wahlen reicht bis zur Wahl für die Deutsche Nationalversammlung des Jahres 1848 zurück. Diese Wahl kann gleichzeitig als organisatorischer Anstoß für die Durchführung kommender Wahlen gewertet werden, ist doch der Gesetzentwurf für die Durchführung der Zollparlamentswahlen unter direkter Berufung auf das Reichstagswahlgesetz vom 12. April 1849 konzipiert worden. Die Zollparlamentswahl von 1868 ihrerseits stellt für Organisation und Durchführung der Reichstagswahlen bis 1912 das eigentliche Vorbild dar. Bismarck übernahm von der Paulskirche die reine Mehrheitswahl nach Wahlkreisen. Brachte der erste Wahlgang keinem der Bewerber die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, so war ein zweiter Wahlgang nötig, bei dem sich die Kandidaten der beiden bisher stärksten Parteien gegenüberstanden. Dabei war es gestattet, die Kandidaten des ersten Wahlganges zu ersetzen, so daß grundsätzlich die Möglichkeit bestand, daß sich Parteien vor der engeren Wahl zusammenfanden und Kompromißkandidaten, meist zu Lasten der Mehrheitspartei, zum Sieg verhalfen.

Die Wahlkreise blieben bis zum Ende des Kaiserreiches konstant. Die 17 württembergischen Wahlkreise wurden ausnahmslos durch Zusammenlegung mehrerer Oberämter gebildet. Die 14 badischen gingen aus mehreren Amtsbezirken, teilweise aber auch aus Amtsgerichtsbezirken, die Amtsbezirken vor 1864 entsprachen, hervor. Dem Wahlreglement gemäß,

mußte jeder Wahlkreis geographisch zusammenhängend sein und sollte etwa 100 000 Einwohner umschließen. Obwohl im Gesetz die Anpassung der Wahlkreise an die Bevölkerungsentwicklung vorgesehen war, wurde bis 1914 keine Wahlkreisreform durchgeführt. Deshalb waren besonders die Großstädte, deren Bevölkerung sich in diesem Zeitraum durch die Industrialisierung mehr als verdoppelte, stark benachteiligt, während die Parteien, die von der Landbevölkerung bevorzugt wurden, im Vorteil waren. Eine besonders krasse Situation spiegelt sich im Falle des Wahlkreises XI in Baden (Mannheim), des Wahlkreises 1 in Württemberg (Stuttgart), verglichen mit dem Wahlkreis Hohenzollern wider: die Einwohnerzahl in den Großstadtwahlkreisen betrug 1871 94 185 (Mannheim) und 107 988 (Stuttgart); in Hohenzollern im gleichen Jahr 64 738. Bis zur Wahl 1912 stieg die Einwohnerzahl im Mannheimer Wahlkreis auf 295 835, im Stuttgarter Wahlkreis, der allerdings nicht das gesamte Stadtgebiet umfaßte, auf 289 520. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung im Wahlkreis Hohenzollern lediglich um 6 273 Einwohner.

Es nimmt daher nicht wunder, daß die Weimarer Republik, zumal in ihr ja gerade die bisher benachteiligten Parteien die Führung übernommen hatten, ein anderes Wahlsystem einführte: die Vergabe der Sitze nach dem reinen Proporz der Stimmen. Wahlkreise hatten bei einem solchen Wahlmodus keinen Sinn mehr; lediglich die bisherigen Länder bzw. preußischen Regierungsbezirke wurden als sogenannte Großwahlkreise für die Austeilung der Stimmen auf regional bezogene Listen berücksichtigt. Baden und Württemberg und Hohenzollern zusammen bildeten den Wahlkreisverband XVII, innerhalb dessen die Reststimmen noch einmal den einzelnen Parteien zugewiesen wurden. Der dann noch bleibende Überhang wurde auf Reichsebene verrechnet. Der Wahlkreisverband ist die erste – wenn auch wenig wirksame – Zusammenfassung der südwestdeutschen Länder in der Politik.

Die Stimmenzersplitterung und das Ende der Weimarer Republik machten den Vätern des Grundgesetzes die besonderen Gefahren des reinen Proporzes deutlich. Er kam also für die Bundesrepublik nicht in Betracht. Deshalb einigte man sich auf einen Kompromiß zwischen Mehrheits- u. Verhältniswahlrecht unter Auswertung der Stimmen nach dem d'Hondtschen Verfahren. Die Einführung der 5-%-Klausel sollte sich als wirksame Maßnahme gegen die Stimmenzersplitterung erweisen. Seit der Wahl zum zweiten Bundestag (1953) hat jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der Erststimme entscheidet er über den Direktkandidaten im Wahlkreis; mit der Zweitstimme wählt er die Partei. Über Landeslisten wird die endgültige Zusammensetzung des Bundestages – eingeschränkt lediglich durch die 5-%-Klausel – dann doch im Proporz entschieden. Dieses Wahlsystem bedingt wieder die Einrichtung von Wahlkreisen, die sich möglichst an Stadt- und Landkreisen orientiert. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Bevölkerungsverschiebung wurden die Wahlkreise 1963 zum Teil neu abgegrenzt, wieder in Anlehnung an die bestehenden Verwaltungseinheiten. Erst die jetzt im Gang befindliche Wahlkreiseinteilung wird sich radikaler vom Hergebrachten lösen. Die Grenzen Badens gegen Württemberg werden auch hier von der Landkarte verschwinden.

Die Wahlberechtigung hat sich im hier erfaßten Zeitraum von 100 Jahren ganz erheblich erweitert. Im Wilhelminischen Deutschland hatten nur Männer ab 25 Jahren das aktive und passive Wahlrecht. Die Weimarer Verfassung führte das Frauenstimmrecht ein und setzte das Wahlalter auf 20 Jahre herab. Damit stieg die Zahl der Wahlberechtigten beträchtlich. Für die Bundesrepublik galt das aktive Wahlalter ab 21, das passive ab 25 Jahren. Seit 1971 jedoch wird das aktive Wahlrecht bereits mit Vollendung des 18. Lebensjahres erworben, das passive mit 21.

*Methode der Darstellung.* – Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten, Wahlergebnisse kartographisch zu erfassen: entweder werden die Ergebnisse auf die Basis der zur Zeit der Wahl geltenden räumlichen Kategorien – in der Regel Wahlkreise – bezogen oder es kann alles auf eine einheitliche Basis umgerechnet werden – dafür bieten sich gegenwärtige Verwaltungsbezirke an. Die erste, eher historisch orientierte Darstellungsweise beleuchtet deutlicher das jeweilige Ergebnis der Wahl mit seinen unmittelbaren Konsequenzen. Die zweite, stärker soziologisch orientierte Form, ermöglicht den Vergleich über einen großen Zeitraum hinweg.

Für die Karten zu den Reichs- und Bundestagswahlen im historischen Atlas von Baden-Württemberg wurde ein Mittelweg gewählt.

Die Darstellung nach den Reichstagswahlkreisen von 1871 bis 1912 bot sich schon deshalb an, weil diese Einteilungsform ohne Änderung für das gesamte Kaiserreich galt. Die Ergebnisse dieses Zeitabschnittes sind also untereinander voll vergleichbar.

Um dies auch für die Wahlen während der Weimarer Zeit zu erreichen, wurde auf die alten Wahlkreise umgerechnet. Das schien vorteilhafter als eine Wiedergabe der im Verhältniswahlrecht ohne Wahlkreise zustande gekommenen Resultate nach den damaligen Verwaltungseinheiten. Somit ist die Möglichkeit gegeben, für die Zeit vom Beginn des Kaiserreichs bis zum Ende der Weimarer Republik die Entwicklung des Parteienwesens und die politische Orientierung der Bevölkerung in den damaligen Ländern Baden und Württemberg und Hohenzollerns zu verfolgen. Die kartographische Wiedergabe dieser fortgeschriebenen Wahlkreise nach 1918 zeigt durch gebrochene Grenzlinien, daß es sich lediglich um eine Hilfskonstruktion handelt.

Die Bundestagswahlen wurden ausnahmslos auf die

zum Zeitpunkt der Wahl gültigen Bundestagswahlkreise bezogen. Die Einteilung dieser Wahlkreise hat sich zwar bis 1972 einmal geändert, stellt aber immer noch einen in etwa vergleichbaren Komplex dar. Da sich die Wahlkreise der Bundestagswahlen bis 1972 an die einstigen Ländergrenzen hielten, ist so auch eine relative Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der alten Wahlen gegeben. Eine volle Vergleichsbasis bringen darüber hinaus die Graphiken über die Wahlergebnisse in den einzelnen Ländern und die Darstellung auf der Ebene des heutigen Bundeslandes. Daß Wimpfen dabei für die Zeit vor 1949 fehlt, kann kaum ins Gewicht fallen. Notwendigerweise mußte für diese graphische Darstellung ein anderer Maßstab als für die Karte im Atlas gewählt werden. Auch so war es unmöglich, die Reichsergebnisse auch noch in entsprechenden graphischen Proportionen hinzuzufügen. Sie konnten nur als Prozentwerte Berücksichtigung finden.

Ähnlich den Methoden anderer historischer Atlanten wurde für die Wahlkarten eine Kombination von Karte und Kartogramm gewählt: die Flächenfärbung gibt die stärkste Partei im Wahlkreis an, durch Aufrastern in 3 Stufen gestaffelt (bis 33 1/3 %, bis 50 % und darüber).

Für die Wahlen vor 1914 und ab 1952 stand fest, daß auf der Karte zunächst das Ergebnis der Erstwahl bzw. der Zweitstimmen ab 1952 berücksichtigt werden mußte; denn nur diese Ergebnisse bringen die politische Orientierung der Wähler unmittelbar zum Ausdruck, während die Resultate der Stichwahlen im Kaiserreich (engere Wahlen) wie zuweilen auch die Summe der Erststimmen heute nicht selten politische Kompromisse signalisieren.

Diese Besonderheiten der Wahlsysteme vor 1918 und ab 1952 ließen sich durch eine zusätzliche Randfärbung wiedergeben. Dem Benutzer sollte aber dabei stets gegenwärtig sein, daß die Randfärbung vor 1918 das Ergebnis eines neuerlichen Wahlganges anzeigt, während es sich ab 1952 um das Ergebnis eines einzigen Wahlganges handelt. Außerdem wurde durch das Kreissymbol innerhalb des Wahlkreises sowohl Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung als auch die Gesamtverteilung der Stimmen dargestellt. Der Außenkreis bringt die Proportionen zwischen Bevölkerung im Wahlkreis und Wahlberechtigten. Um dies hervorzuheben, wurde die Zahl der Wahlberechtigten jeweils mit der – ab 1919 erst zu errechnenden – Einwohnerzahl der Volkszählung, die der Wahl vorausging, bzw. seit 1949 mit der fortgeschriebenen Einwohnerzahl vom vorausgehenden 1. Januar[1], verglichen. Die Wahlbeteiligung mußte zwangsläufig auch auf dem Außenkreis abgebildet werden, obgleich sie so bei einem Vergleich mit der Gesamtbevölkerung nicht so unmittelbar wie bei einem gesonderten Vergleich mit den Wahlberechtigten zum Ausdruck kommt. Die ungültigen Stimmen spielen bei einem solchen Maßstab keine Rolle.

Die Deutsche Parteiengeschichte in den letzten hundert Jahren bietet trotz allem Wandel erhebliche Kontinuität. Dem sollte dadurch Rechnung getragen werden, daß politisch zusammengehörige Gruppen stets in der gleichen Farbe aufscheinen. Dafür haben sich von vornherein die für manche Parteien traditionellen Farben angeboten, die im allgemeinen ja auch längst nicht mehr als diffamierend betrachtet werden. Selbstverständlich ging das nicht ohne gewisse Verallgemeinerung ab. Genauso konnte auch die Anordnung der Parteien innerhalb der Kreise von links nach rechts nicht in jedem Fall die Sitzordnung im Parlament und das jeweilige Selbstverständnis der Parteien berücksichtigen, sondern mußte sich nach dem Gesamtergebnis einer hundertjährigen Entwicklung richten. Es schien richtig, die CDU der Farbe nach vom Zentrum abzusetzen, auch wenn das Zentrum in großen Teilen des Landes zweifellos als Vorgängerorganisation für die CDU angesehen werden mag. Die blaugraue Farbe für die CDU soll die Zusammensetzung dieser Partei aus Zentrum und bürgerlichen Gruppen versinnbildlichen.

Im Kaiserreich, zumal in den ersten beiden Jahrzehnten, war die Parteiorganisation und -struktur noch nicht verfestigt. Die Wahl war stärker persönlichkeits- als parteigebunden. Daraus und aus dem Wahlrecht resultierten zahlreiche Wahlabsprachen und -bündnisse, die allerdings auf der Karte nur dort durch ein besonderes Raster wiedergegeben sind, wo sich die zusammengehenden Parteien auf einen nicht ausdrücklich einer bestimmten Partei zugehörigen Kandidaten geeinigt haben. In den sonstigen vergleichbaren Fällen wurde die Farbe jener Partei zugrunde gelegt, die den Kandidaten stellte. Da bei dem 1912 als fortschrittliche Volkspartei auftretenden Wahlbündnis von Freisinn und Demokraten in Südwestdeutschland letztere ausschließlich die Kandidaten stellten, wurde auf eine eigene Farbe verzichtet. Es war nicht möglich, jede Splitterpartei im zur Verfügung stehenden Maßstab überhaupt noch abzubilden. Wo das nicht ging, wurden solche Stimmen der Gruppe der Sonstigen zugeschlagen. Abweichend von dieser Regel kamen maßstabsverzerrt rechts- und linksradikale Stimmen zur Darstellung, vor allem als Indikatoren späterer Massenbewegungen während der Weimarer Zeit.

Das Wahlsystem des Kaiserreichs und die Ausgangsposition der Bundesrepublik 1949 bedingten gewisse Chancen für parteilose Kandidaten: sie sind durch ein Wellenraster abgehoben. Wo dieses zur Flächenfarbe wurde, konnte keine Abstufung nach der Intensität der Mehrheit vorgenommen werden, ebenso keine Umrandung für den Wahlsieger. Ein Blick in den Kreis, der die Prozentanteile wiedergibt, bringt aber jeweils Aufschluß.

*II. Auswertung*

*Wahlbeteiligung.* – Ein Vergleich der Wahlbeteiligung innerhalb Südwestdeutschlands gegenüber der im Reich bzw. Bund bringt das Ergebnis, daß bis zum Ersten Weltkrieg in Baden-Württemberg etwas stärker, nachher etwas weniger als allgemein in Deutschland vom Wahlrecht Gebrauch gemacht wurde, wohl eine Folge der früheren Entwicklung des demokratischen Gedankens, dann aber auch der Ausweitung des Kreises der Wahlberechtigten. Allgemein war die Wahlbeteiligung in der wilhelminischen Zeit ab 1890 relativ gut und ist im Lauf der Zeit sogar noch etwas angewachsen. Bei der Neuheit des Wahlrechtes ist es verständlich, daß 1871 es noch weniger in Anspruch genommen wurde, vielleicht hat auch ein Teil der katholischen Bevölkerung da, wo kein Zentrumskandidat zur Verfügung stand, auf die Stimmabgabe verzichtet, und ähnlich dürfte es bei der Anhängerschaft der Demokraten gewesen sein. Im allgemeinen gelten die hier nicht dargestellten »Septenatswahlen« von 1887 als der Zeitpunkt größerer Politisierung der Bevölkerung. Macht sich im Kaiserreich noch zu Anfang eine gewisse Reserviertheit bemerkbar, so hat diese in der Weimarer Zeit wohl auch infolge der Ausweitung des Kreises der Stimmberechtigten größeren Umfang angenommen und ist bis 1930 im allgemeinen gewachsen. Dabei ist zu bedenken, daß die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, bei der hier dargestellten zweiten Reichstagswahl des Jahres 1924 besonders gering war. Am geringsten war die Wahlbeteiligung in den Gebieten, wo das Zentrum und die Linksparteien weniger stark waren. Gegenüber 1930 hat 1932 die Wahlbeteiligung wieder etwas zugenommen. Die Radikalisierung ist also auch den bisherigen Nichtwählern zuzuschreiben.

Die Wahlbeteiligung für die erste Bundestagswahl war im allgemeinen schwächer als die zu Ende der Weimarer Zeit. Hier kommt die Skepsis gegenüber dem Neuanfang und die Orientierungslosigkeit der einstigen Anhänger der Rechten wohl zusammen. Die Bundestagswahlen zeigen dann kontinuierliche Zunahme der Wahlbeteiligung bis auf früher ungekannte Prozentsätze. Die damit mobilisierten Stimmen der politisch weniger eindeutig Engagierten schlugen bisher stets zugunsten des amtierenden Kanzlers zu Buch. Größere Wahlbeteiligung hat also mindestens seit Weimar das Ergebnis stets eindeutiger werden lassen, wenn auch dazu sehr verschiedene Werturteile möglich sind.

*Gesamtentwicklung.* – Bei der graphischen Darstellung der Gesamtergebnisse fällt zuerst die ungeheuere Zunahme der Bevölkerung von ca. 3,2 auf über 9 Millionen im Laufe eines Jahrhunderts auf. In noch wesentlich schnellerem Tempo ist die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen, wobei sich allgemein das Anwachsen der Bevölkerung, die Verschiebung der Altersstruktur, aber auch die Wahlrechtsänderungen auswirkten. Von daher, wie vom Generationswechsel ließe sich auch die größte Umschichtung im Wählerverhalten erklären. Trotzdem zeigt sich im Bild der Wahlen von 1890 bis 1924 und seit 1949 eine recht starke Kontinuität. Nur die Zeit der Krise gegen Ende der Weimarer Republik fällt aus der allgemeinen Entwicklung heraus. Ja auch die 1890 erkennbare Stellung der großen politischen Richtungen ist bereits in den beiden voraufgehenden Jahrzehnten angelegt, wenn dies auch bei den Wahlen von 1871 noch nicht so klar zum Ausdruck kommt. Damals war die Parteiorganisation noch nicht allgemein abgeschlossen und nur für kurze Zeit hat die Begeisterung für die Reichsgründung den Nationalliberalen unverhältnismäßige Gewinne gebracht.

Im ganzen gilt für die Zeit des Kaiserreichs die Aufteilung in eine konservative, eine katholische und eine (im weitesten Sinne) liberale Richtung, zu denen, von 1890 an immer stärker werdend, die sozialistische hinzukommt. Zu den Zahlen der Konservativen sind in der Gesamtdarstellung auch die Landwirte gezogen, weil sie in der Reichsstatistik nicht eigens ausgewiesen werden. Insgesamt haben sich die Konservativen in zwei Richtungen gespalten und nie mehr als 14 % erreicht. Das ist im deutschen Südwesten größtenteils der relativ starken Stellung des Zentrums zuzuschreiben, das seine wichtigste Anhängerschaft unter den ländlichen Wählerschichten hatte. Diese wurden erst durch den Kulturkampf voll mobilisiert, woraus sich ebenso wie aus den konfessionellen Verhältnissen die wesentlich schwächere Stellung des Zentrums in Württemberg ergibt. Die Anteile des Zentrums liegen zwischen 18 % und 33 %. Im Jahr des besten Abschneidens (1903) erreichte es in Baden sogar 40,7 %. Dort war es für Jahrzehnte stärkste Partei. Die Liberalen begeisterten sich 1871 fast geschlossen für das Reich, so daß die Demokraten neben den Nationalliberalen kaum in Erscheinung traten, eher noch in Württemberg als in Baden[2]; ja in Baden wie auch in Hohenzollern kandidierte in einem Wahlkreis die noch weiter rechts einzustufende liberale Reichspartei[3]. Die alte, von 1848 her immer noch lebendige Spaltung der damaligen Linken brach bald wieder auf, und so zeigten sich vor allem in Württemberg die Demokraten in erheblicher Stärke: 1890 erreichten sie mit 31,9 % in den hier dargestellten Wahlen ihr Maximum. Der Anteil der Nationalliberalen nahm von 1871 an verhältnismäßig kontinuierlich ab. Im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg pendelte er sich um 21 % ein. Die Linksliberalen norddeutscher Prägung kamen kaum zum Zug.

Angesichts des allgemeinen Absinkens der liberalen und demokratischen Stimmen wurden in manchen Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten aufgestellt, die aber nach Parteizugehörigkeit ihre Sitze im Reichstag einnahmen und deswegen im Gesamtergebnis nicht in

Erscheinung treten. Wie oben schon gesagt, bedeuten die demokratischen Stimmen von 1912 die der fortschrittlichsten Volkspartei.

Die Demokraten, anfangs gewiß die Partei der ärmeren Schichten, haben, wie vor allem die württembergischen Ergebnisse zeigen, von 1890 an einen großen Teil ihrer Anhänger an die Sozialdemokraten verloren. Die hier ausgewählten Wahljahre belegen ein ständiges Anwachsen letzterer Partei. Sie wurde in Württemberg – offensichtlich schon etwas früher organisiert als in Baden und ohne solch ausgeprägte Konkurrenz durch das Zentrum – bereits 1903 stärkste Partei, erreichten in Südwestdeutschland diese Stellung allgemein 1912. Beim Wahlrecht der Kaiserzeit hatten Einzelkandidaten in manchen Wahlkreisen eine gewisse Chance, was sich vor allen Dingen in der Zahl der Sonstigen von 1871 bemerkbar macht.

Ein Vergleich mit den ersten Reichstagswahlen in der Weimarer Republik zeigt die unverändert stark gebliebene, zum Teil (Württemberg) noch ausgebaute Position des Zentrums[4] und der Linken, die sich freilich jetzt in drei Gruppen aufgespalten hat. Dagegen ist der Rückgang der Liberalen im weitesten Sinn noch weiter fortgeschritten; neben der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die diese Gruppe noch in der Nationalversammlung 1919 allein vertreten hatte, trat jetzt als Nachfolger der alten Nationalliberalen die Deutsche Volkspartei (DVP) mit wesentlich schwächerer Wählerbasis (ca. 5 %). Der rechte Flügel der Nationalliberalen hat damals mit den Konservativen zusammen die DNVP gebildet, die einen Anteil von 19,7 % erreichte. Auch die Wahlen von 1924 wahren noch in gewisser Weise den Anschluß an dieses Bild. Auf dem rechten Flügel haben sich von den Deutschnationalen regionale Bauernparteien – im evangelischen Württemberg stärker als in Baden – abgesondert. Das Zentrum konnte von allen Parteien seine Stellung am besten halten. Bei den Liberalen gewann die DVP auf Kosten der Schwesterpartei Boden. Die Spaltung der Sozialdemokratie war überwunden um den Preis, daß ihre am weitesten links gerichteten Kräfte die Stellung der Kommunisten verstärkten. Mit dem Anwachsen der extremen Linken, mit noch zögernd auf der äußersten Rechten erscheinenden »Völkischen Gruppen« und mit der noch kleinen Wirtschaftspartei deuten sich die Entwicklungen an, die – in ihrer Wirkung entscheidend verstärkt durch Inflation und Wirtschaftskrise – das bisherige Parteiengefüge zerstören sollten und, im Reich insgesamt wesentlich rascher als in Südwestdeutschland, zerstört haben. Dieser Prozeß ist 1930 schon weit fortgeschritten. Die Splitterparteien haben ihren Höhepunkt erreicht, wenn auch ihr Anteil in der graphischen Darstellung dadurch überhöht erscheint, daß auch der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund – bedingt durch die Anlage der Reichsstatistik – hier untergebracht werden mußte. Den Platz der Rechten hat jetzt fast ganz die NSDAP (13,9 % im Bereich des heutigen Bundeslandes) eingenommen (um 10 % in Baden stärker als in Württemberg). Der Evangelische Volksdienst (EVD), eine Art protestantisches Zentrum, kam über bescheidene Anfangserfolge nicht hinaus. Gewisse Abnützungserscheinungen schwächten die Stellung des Zentrums, ohne sie völlig zu untergraben. Die Sozialdemokratie büßte gegenüber 1924 Stimmen ein. Am weitesten zusammengeschmolzen sind die Liberalen, die in einer Einheitsliste auftraten. Die Wahlen im Höhepunkt der Radikalisierung von 1932 brachten die Nationalsozialisten an die Spitze aller Parteien; in Baden noch stärker als in Württemberg, wo sich immer noch die Bauern und Weingärtner hielten, während sonst die Anhängerschaft der wirtschaftlich orientierten Gruppen und die der wieder mit zwei verschiedenen Listen hervortretenden Liberalen dezimiert war. Auf der Linken hatten die Kommunisten ihre Stellung etwas weiter ausgebaut, doch nicht in dem extremen Maße wie im Reich (14,3 % im Reich, 11,1 % in Südwestdeutschland). Das Zentrum konnte seine Position gegenüber 1930 – wohl Einfluß der Kanzlerschaft Brünings – etwas verbessern. Man sollte hier auch anmerken, daß in der Landespolitik in Baden einfach infolge der Landtagswahlperiode die Radikalisierung noch nicht zum Ausdruck gekommen war. Insgesamt hielten im deutschen Südwesten die gemäßigten Parteien auch im Juli 1932 noch die absolute Mehrheit gegenüber den links- und rechtsextremistischen Richtungen (Reich: 51,5 %, Baden-Württemberg 44,5 %), allerdings sollte sich das in den nicht mehr völlig freien Wahlen von 1933 verschieben.

Der Neuanfang in der Bundesrepublik war dadurch gekennzeichnet, daß die rechtsradikale Richtung wegfiel und Splitterparteien keine Chance hatten. Dagegen zeichneten sich gewisse Erfolge parteiloser Kandidaten ab und gab es den Versuch zu neuen politischen Orientierungen. Unter ihnen dominierten jedoch »Interessenparteien« wie die Notgemeinschaft (vgl. u. S. 13). Die Kandidaturen Parteiloser blieben auf die erste Wahlperiode des Bundestags beschränkt. Als neue Partei trat auch die CDU auf; doch steht außer Frage, daß sie sich zum großen Teil auf die Katholiken und die alte Organisation des Zentrums stützen konnte. Die Liberalen vereinigten sich in der FDP, die 1949 zumindest in den nicht mehrheitlich katholischen Gebieten die Rolle einer der CDU fast ebenbürtigen Kraft spielen konnte.

Auf der Linken genoß die Sozialdemokratie großes Ansehen und kam etwas über ihre Ergebnisse aus der Weimarer Zeit hinaus in die Nähe der Prozentsätze vor dem Ersten Weltkrieg. Die Kommunisten nahmen nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges einen wesentlich schwächeren Platz ein als zu Ende der Weimarer Demokratie.

Die Entwicklung von diesen noch differenzierten Verhältnisen zu viel größerer Eindeutigkeit symboli-

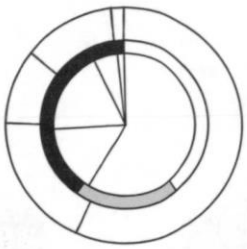
# Gesamtergebnisse der Reichs- und Bundestagswahlen

Die Kreisfläche ist für die Landesergebnisse (einschließlich Bad.-Württ.) proportional zur Landesbevölkerung.

Der Radius von 1cm entspricht 1 Million Einwohnern.

Der äußere Ring gibt die Reichs- bzw. Bundestagswahlergebnisse nur nach Prozentwerten der Parteien an.

Ein Bezug zur jeweiligen Gesamtbevölkerung ist nicht gegeben.

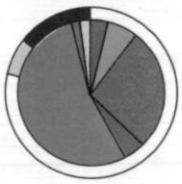


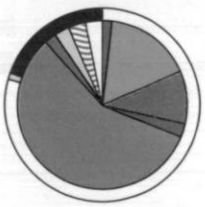
# Gesamtergebnisse der Reichstagswahlen 1871, 1890, 1903 und 1912

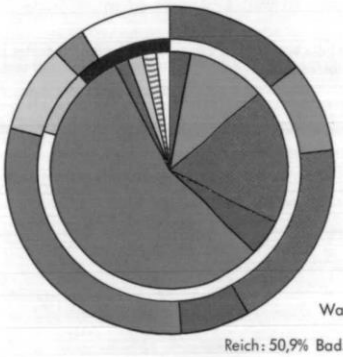
- Konservative
- Bund der Landwirte
- Deutsche Reichspartei
- Zentrum
- Liberale Reichspartei
- Nationalliberale
- Freisinnige Volkspartei
- Deutsche Volkspartei (Demokraten) 1912: Fortschrittliche Volkspartei (Fusion mit Freisinn)
- Sozialdemokraten
- parteilose
- sonstige Stimmen (=zersplittert)

Baden | Württemberg | Vergleich heutiges Baden-Württemberg (ohne Wimpfen) zu Reich (jeweiliger Gebietsstand)

1871

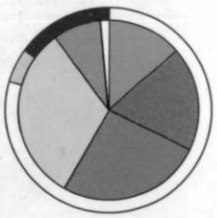


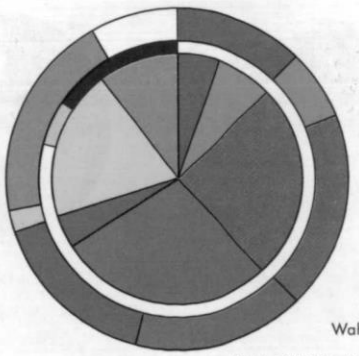




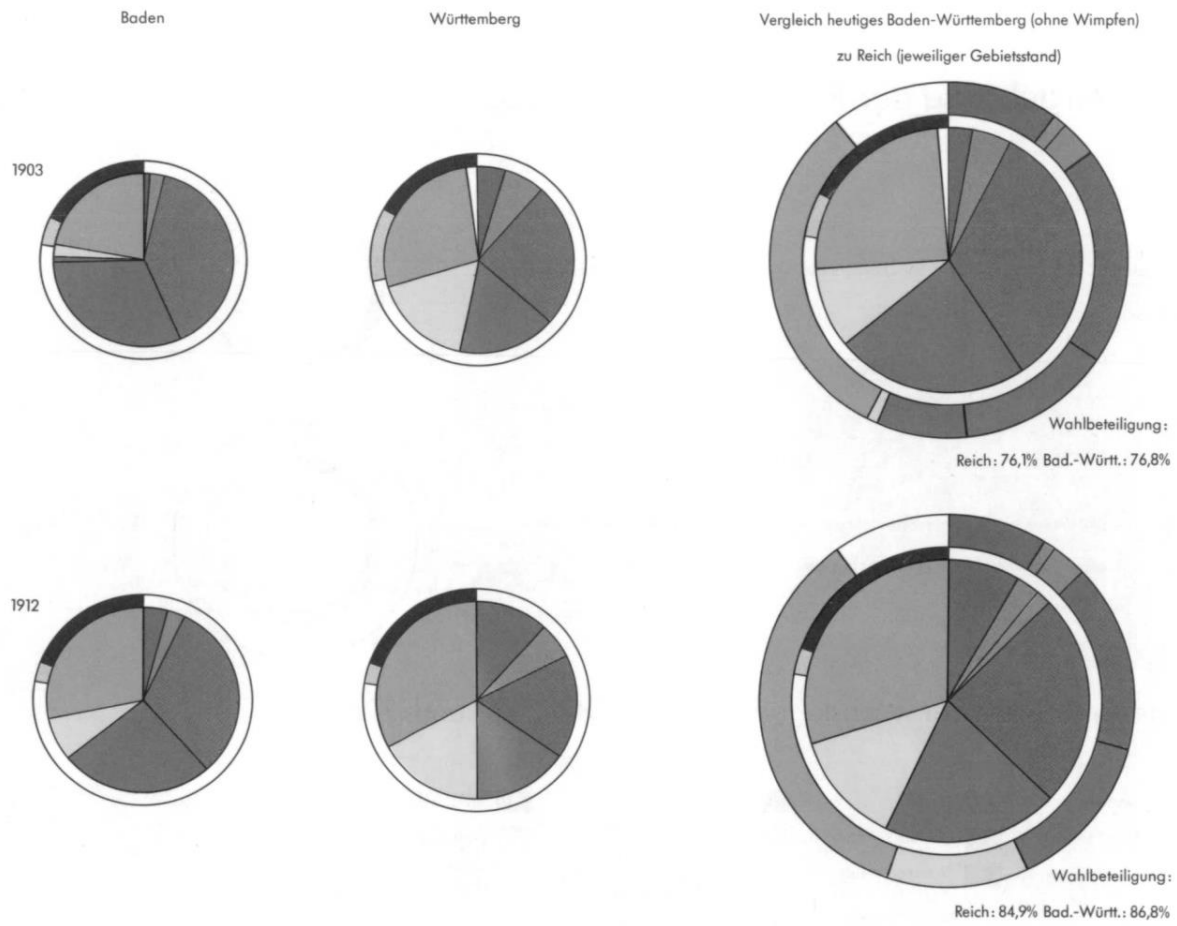
Wahlbeteiligung:
Reich: 50,9% Bad.-Württ.: 59,9%

1890

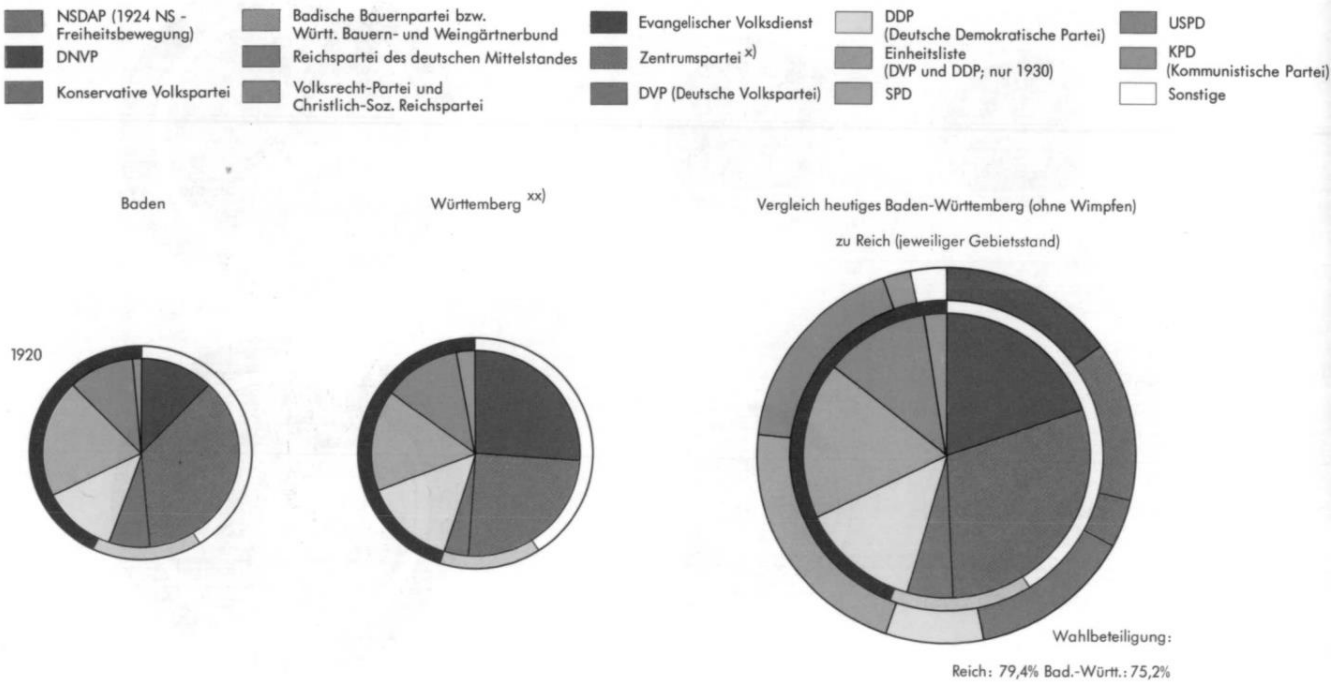




Wahlbeteiligung:
Reich: 71,5% Bad.-Württ.: 75,2%




## Gesamtergebnisse der Reichstagswahlen 1920, 1924, 1930 und 1932

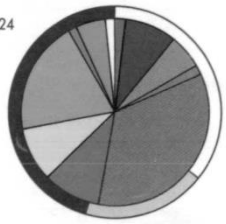


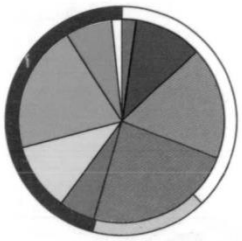

x) Bayerische Volkspartei: bei Reichsergebnissen anschließend an Zentrum mit Sektor in gleicher Farbe

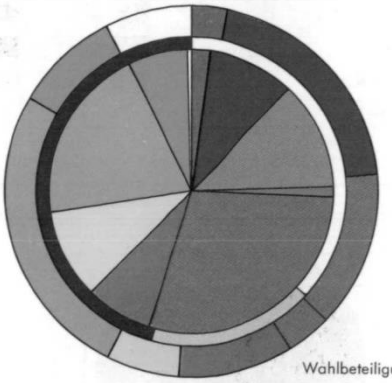
xx) mit Regierungsbezirk Sigmaringen

Baden | Württemberg xx) | Vergleich heutiges Baden-Württemberg (ohne Wimpfen) zu Reich (jeweiliger Gebietsstand)

1924

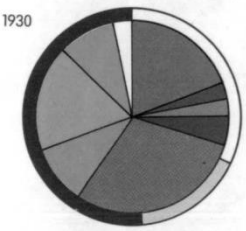


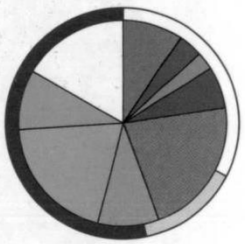


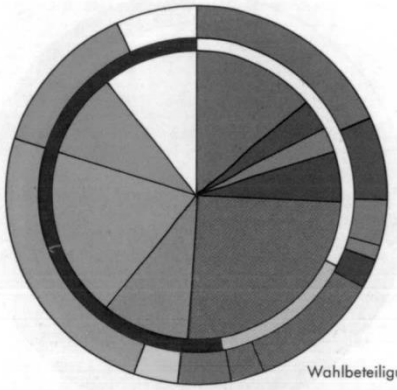


Wahlbeteiligung:
Reich: 78,8% Bad.-Württ.: 72,6%

1930

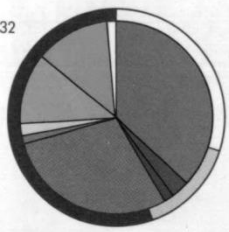


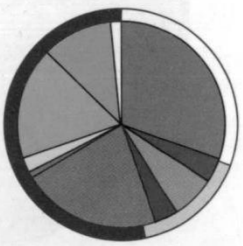


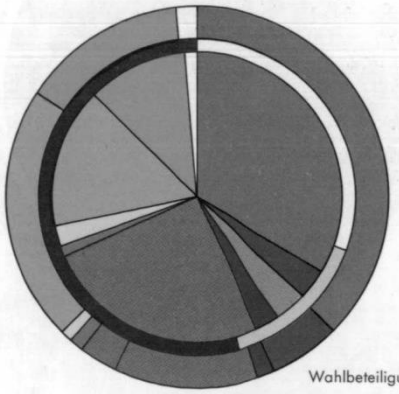


Wahlbeteiligung:
Reich: 82,0% Bad.-Württ.: 77,8%

1932



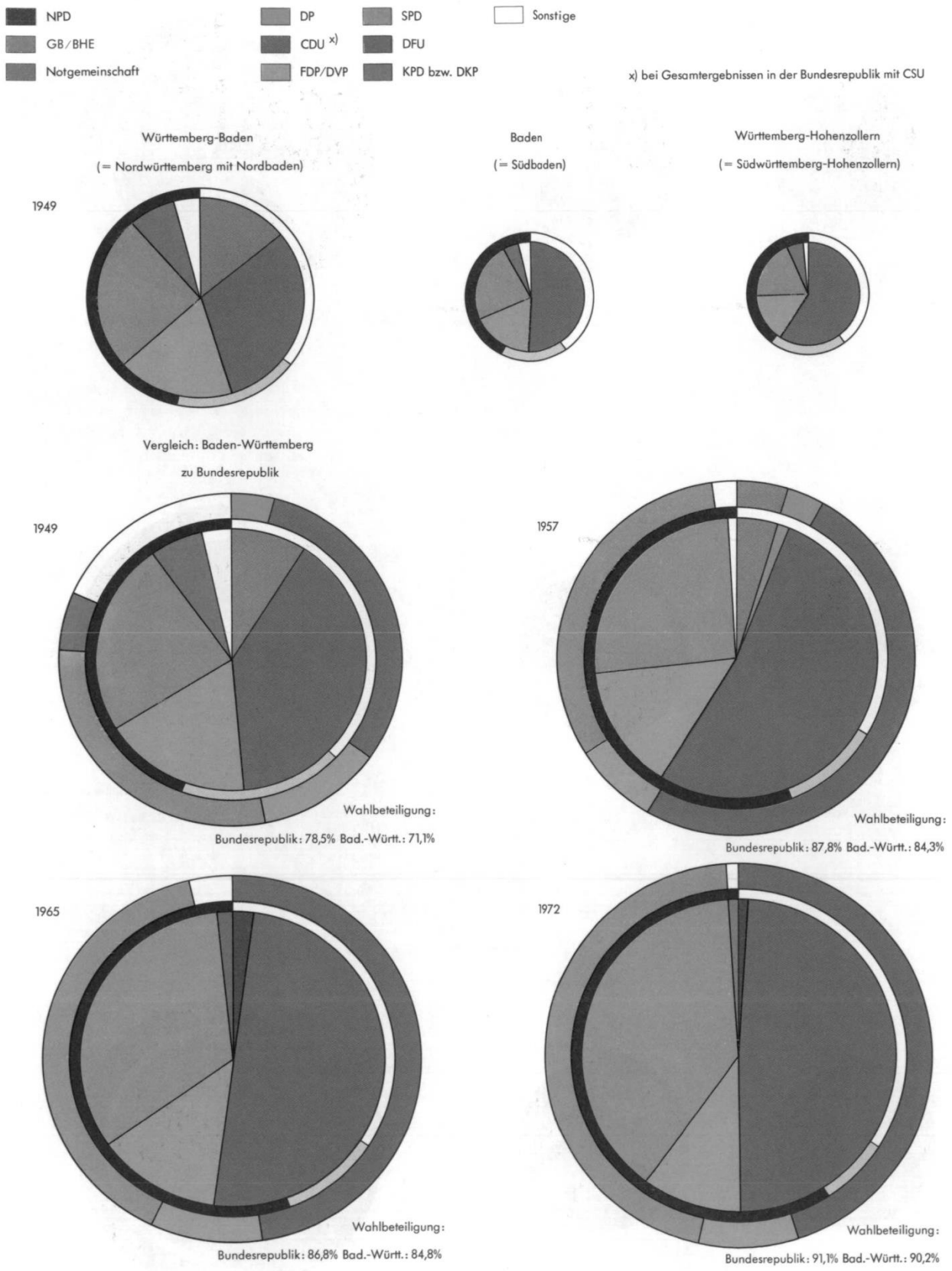




Wahlbeteiligung:
Reich: 84,2% Bad.-Württ.: 78,1%

xx) mit Regierungsbezirk Sigmaringen

# Gesamtergebnisse der Bundestagswahlen 1949, 1957, 1965 und 1972




Historischer Atlas von Baden-Württemberg: Farbige Beilage zu den Erläuterungen 7, 7-9
Herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden -Württemberg 3. Lieferung 1974
Grafik: Ingenieurbüro für Kartographie Huber & Oberländer, München. Druck: Landesvermessungsamt Baden-Württ., Stuttgart

siert am stärksten die Wahl von 1957[5]. Fast schlug sich in ihr das Ansehen Konrad Adenauers und seiner europäischen Politik im gleichen Maße nieder wie 1871 dasjenige Bismarcks und der Reichsgründung (1871 55,6 % Nationalliberale in Baden, Württemberg und Hohenzollern zusammen; 1957 52,8 % CDU). Die CDU war im ganzen Land siegreich. Die FDP erlitt gewisse Einbußen, die SPD konnte ihre Stimmanteile leicht verbessern (knapp 2 % gegenüber 1949), wobei zu beachten ist, daß sie infolge des Verbots der KPD linke Wählergruppen aufnahm. Das damit voll zum Durchbruch gekommene Dreiparteiensystem ist im Grunde eine Wiederholung der Konstellation im Kaiserreich, nur daß sich Zentrum und Konservative zusammengetan und noch einen Teil der nationalliberalen Kräfte zu sich herübergezogen haben.

Der einmalige Höhepunkt der CDU von 1957 konnte so nicht gehalten werden, aber es blieb die traditionelle Vorherrschaft der CDU, so bei den Wahlen von 1965, wo sie verglichen mit dem Bundesergebnis (47,6 %) in Baden-Württemberg (49,9 %) etwas besser abschnitt. Auch die FDP konnte trotz Verlusten in Baden-Württemberg mit 13,1 % (1957 14,4 %) eine günstigere Stellung als im Bundesgebiet mit 9,5 % (1957 7,7 %) halten. Die Stabilität der Mehrheitsverhältnisse im deutschen Südwesten machte sich in der Folgezeit ebenso bemerkbar. Selbst aus der Wahl von 1972, die erstmals bundesweit die SPD mit 45,8 % (CDU/CSU 44,9 %) zur stärksten Partei werden ließ, ging in Baden-Württemberg die CDU mit fast absoluter Mehrheit (49,8 %, SPD 38,9 %), verglichen mit der vorhergehenden Landtagswahl (52,9 % CDU, 37,6 % SPD, 8,9 % FDP/DVP), allerdings ebenfalls leicht geschwächt, hervor.

*Regionale Betrachtung.* – Ein Vergleich der Mehrheitsergebnisse in den Wahlkreisen zeigt für die Wahlen im Kaiserreich ab 1890 bei allem durch Personen und Wahlabsprachen bedingten Wandel starke lokale Grundorientierungen. Diese setzen sich auch in der Weimarer Zeit fort und sind genauso in der Zeit der Bundesrepublik, trotz geänderter Wahlkreise und Parteinamen, erkennbar. Am eindeutigsten verhalten sich dabei die traditionellen Wählerreservoire des Zentrums: in Baden der Nordosten und die ganze südliche Hälfte ab Rastatt mit Ausnahme des Markgräfler Landes, in Württemberg Oberschwaben sowie die Gebiete um Aalen und Schwäbisch Gmünd, dazu ganz Hohenzollern. Dies hat leicht erkennbar konfessionelle und damit letztlich territorialgeschichtliche Gründe. Es sind die Gebiete von Vorderösterreich, der Markgrafschaft Baden-Baden, kleinerer weltlicher und vor allem der geistlichen Herrschaften. Die am geschlossensten katholisch gebliebenen Landschaften zeigen stärkste Zentrumsmehrheiten, das Badische Hinterland, Mittelbaden und Oberschwaben. Diese Zentrumsmehrheiten sind so eindeutig und stabil, daß sich ein größerer Kommentar erübrigt. Wenn sich das Bild 1871 noch nicht so klar abzeichnet, so hat das die schon angedeuteten Gründe in der Reichsstatistik und der Parteienorganisation. Sonst konnten Zentrumswahlsiege in den katholischen Räumen höchstens durch die konservative Kandidatur eines Standesherrn, oder durch Wahlbündnisse aller Gegenkräfte verhindert werden. Das trat bisweilen in Freiburg und Offenburg, Wahlkreisen mit beachtlichem evangelischem Bevölkerungsteil, ein.

Auch in der Weimarer Zeit ist von diesen Mehrheiten nur wenig abgebröckelt, die konfessionelle Durchmischung der übrigen Gebiete Badens bewirkte zusammen mit der verhältnismäßigen Stabilität des Zentrums relative Zentrumsmehrheiten auch im Bereich anderer einstiger Wahlkreise, etwa im Markgräfler Land.

Betrachtet man die Wahlkreisergebnisse der Bundesrepublik, so zeigen sich die alten Hochburgen des Zentrums auch als die sichersten Domänen der CDU. Andererseits gilt bis in die Gegenwart, daß gerade dort, wo die Zentrumsherrschaft weniger gesichert war (wie etwa in Freiburg), auch die CDU bei kritischen Wahlen am ehesten Verluste hinnehmen muß. Unter den ländlichen, mehrheitlich evangelischen Gebieten war offensichtlich eine differenziertere Entwicklung (s. u.) möglich. Im ganzen mehr konservativ, durchaus mit Schwankungen zur liberalen Seite hin, verhielt sich der württembergische Nordosten, abgeschwächt die Landschaft zwischen Mühlacker, Stuttgart und dem Schwarzwald und in Baden das Neckartal und der Kraichgau. Hier in Nordwürttemberg war auch in der Phase der Bildung der CDU das evangelische Element relativ am stärksten, während in den übrigen Landesteilen viel mehr an die einstige Organisation des Zentrums angeknüpft werden konnte.

Schaut man nach den am stärksten von der CDU beherrschten Wahlkreisen, so wird erkennbar, daß es ihr vor allem in den nördlichen Randgebieten des Landes gelungen ist, traditionell konservative Landschaften für sich zu gewinnen.

Das Abschneiden der Liberalen und Demokraten, 1871 zwar weitgehend von der nationalen Hochstimmung her zu erklären, zeigt in den demokratischen Stimmanteilen doch, daß sich einige wenige Hochburgen wenigstens relativ gehalten haben: Mannheim, Heilbronn, das Remstal, Tübingen-Reutlingen. Bei den späteren Wahlen liegen die Schwerpunkte der Demokraten im Südwesten Württembergs, auch in Ulm und wieder in Heilbronn, während in Baden die Anteile rasch zusammenschmolzen. Nationalliberale Hochburgen blieben in Baden Heidelberg und das Markgräfler Land, in Württemberg hielt sich diese Partei noch am längsten im unmittelbaren Umkreis von Stuttgart. In ihrem württembergischen Kerngebiet und im Umkreis der großen Städte konnten die Demokraten 1920 als Teilerben der Nationalliberalen aufholen, ebenso in einigen mehr städtischen Wahlbezirken Badens (Konstanz, Heidelberg, Karlsruhe). Rascher als

in den städtisch geprägten Zonen ging der Anteil der Demokraten und Liberalen im weitesten Sinne im Südwesten Württembergs verloren. Die FDP setzte bei den Bundestagswahlen mit etwas gleichmäßigerer Streuung, aber doch mit den alten Schwerpunkten im Innern Württembergs ein. Dabei zeigt sich jetzt das erstmals einen Wahlkreis bildende Remstal als ausgesprochene Hochburg; Heilbronn blieb nach wie vor Schwerpunkt. In der weiteren Entwicklung dieser Partei ist ein Rückgang in den traditionellen Wählergebieten unverkennbar; dort, wo sie ohnehin weniger gut vertreten war, hat sie sich besser gehalten.

Erste sozialdemokratische Wählersympathien zeigen sich bereits 1871 in Stuttgart. Dies ist sicher sowohl Anzeichen der beginnenden Industrialisierung als auch das Ergebnis früher Präsenz dieser politischen Richtung in der württembergischen Hauptstadt. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes war in den Wahlen von 1890 die Sozialdemokratie schon in fast allen Wahlkreisen mit Ausnahme weniger, völlig ländlicher Gebiete wie Hohenzollern, Wahlkreis Freudenstadt und Crailsheim-Mergentheim vertreten. Ihre Stellung war da am schwächsten, wo das Zentrum oder die Demokraten, also die beiden anderen Parteien mit Anhängerschaft in den unteren Bevölkerungsschichten, starke Positionen innehatten. In den ausgesprochen industriellen Zentren Badens wie Württembergs, in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, besonders aber in Stuttgart und abgeschwächt in seinem Umland errangen die Sozialdemokraten bereits beachtliche Stimmanteile von über einem Viertel der Wählerschaft. 1903 war die sozialdemokratische Vorherrschaft in den am stärksten industrialisierten Bezirken bereits unbestritten: in Stuttgart erkämpften sie das Mandat bereits in der ersten Wahl, in Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Böblingen, Esslingen und Göppingen setzten sie sich in der Stichwahl durch, meist wohl mit Hilfe der Demokraten, die – gleichsam als Gegenleistung – den Ulmer Wahlkreis damals für sich gewannen.

Die Wahlen von 1912 zeigen eine gewisse Gegenbewegung; Wahlbündnisse wurden bei den Reichstagswahlen nicht mehr so leicht zugunsten der Sozialdemokraten geschlossen, obwohl damals gerade auf Landtagsebene in Baden der »Großblock« eine Zusammenarbeit von Liberalen und Sozialdemokraten gebracht hatte. Auch ohne solche Unterstützung setzten sich diese im ersten Wahlgang in Mannheim mit noch mehr Stimmen als in Stuttgart und in Ludwigsburg durch und errangen in der engeren Wahl den Wahlkreis Heilbronn. Karlsruhe und Göppingen gingen an die Fortschrittliche Volkspartei. In Böblingen und Esslingen dagegen hat sich in der Stichwahl der Nationalliberale Kandidat durchgesetzt.

Zu Anfang der Weimarer Republik verfügten die drei Linksparteien zusammen etwa über die gleichen Stimmanteile wie die Sozialdemokraten bei der Wahl von 1912. Nur in manchen ländlichen Gegenden waren sie jetzt etwas stärker vertreten. Die Aufspaltung in SPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) ging durchs ganze Land, wobei die USPD am stärksten in Stuttgart und Umgebung hervortrat. Hier übertraf sie den Stimmanteil der SPD, obwohl links von ihr auch schon eine beachtliche Gruppe von Kommunisten sich gebildet hatte. In Baden hat die SPD die Spaltung besser überstanden. 1924 nach der Vereinigung von SPD und USPD ist im allgemeinen ein leichter Rückgang der linken Stimmen festzustellen. In Stuttgart und Umgebung wie in Mannheim konnte die KPD ihre Stellung ausbauen. Diese Entwicklung lief auch noch 1930 weiter. Bei der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien wurde die SPD jetzt relative Mehrheitspartei, nicht nur in den angestammten Industriezentren, sondern auch im ganzen nördlichen Württemberg mit Ausnahme der Zentrumsschwerpunkte. Bis 1932 ist die KPD in Baden stärker als in Württemberg nochmals auf Kosten der SPD gewachsen, die beim Erstarken des Rechtsradikalismus nur noch im Bereich des alten Reichstagswahlkreises Heilbronn eine relative Mehrheit halten konnte.

Auch 1949 war die SPD stärkste Partei in Stuttgart, Ludwigsburg, Mannheim sowie in Karlsruhe. In Tübingen-Reutlingen hatte sie ebenfalls eine recht starke relative Mehrheit, wie sie dort die Linksparteien auch in der Weimarer Zeit in etwa besaßen. Die Stellung der KPD war allgemein schwächer als 1932 und erreichte nur 6,4 % (1949) bis 2,3 % (1953): bei den geringen Sympathien für den Linksradikalismus bildete die Stadt Mannheim in gewissem Grad eine Ausnahme mit 1949 über 18 % kommunistischer Stimmen.

Rechts von den Nationalliberalen und der noch etwas weiter rechts angesiedelten Liberalen Reichspartei war im Deutschen Südwesten zunächst kein großer Spielraum. Bezeichnenderweise kandidierte 1871 fast nur die gemäßigt konservative Deutsche Reichspartei (DRP). Diese Partei war in Karlsruhe erfolgreich durch die Bewerbung des Prinzen Wilhelm von Baden, ebenso im Wahlkreis Biberach und im Wahlkreis Crailsheim, wo die einheimischen Standesherren, die Fürsten von Waldburg-Zeil bzw. Hohenlohe-Langenburg kandidierten. 1890 waren die Konservativen in Baden nur in drei Wahlkreisen durch Kandidaten vertreten, wo sie sich aber auch zweimal durch Wahlbündnis mit dem Zentrum und einmal mit Hilfe der Nationalliberalen durchsetzten. Eine Zusammenarbeit der Nationalliberalen und Konservativen zeigte sich auch in Württemberg: ein Kandidat des Kartells[6] war in Göppingen jedoch nur im ersten Wahlgang siegreich. Freikonservative, die keine nationalliberalen Konkurrenten hatten, gewannen die Erstwahlen in Heilbronn und Calw, doch konnte nur in Calw das Mandat in der Stichwahl gewonnen werden. In den Wahlen von 1903 und 1912 hatten die Konservativen in

Baden keine Chance; einen stärkeren Stimmanteil erreichte nur der Kandidat der DRP 1912 in der Residenzstadt Karlsruhe. Der Bund der Landwirte setzte sich 1912 in Bretten durch. In Württemberg waren in den evangelischen Landesteilen die Konservativen bzw. der Bund der Landwirte organisatorisch besser vertreten und stellten wenigstens Kandidaten auf. 1903 waren Landwirte in Backnang unmittelbar, in Crailsheim und sogar in Heilbronn in der Stichwahl erfolgreich. 1912 gingen die Wahlkreise Backnang und Crailsheim an den Bund der Landwirte, in Heilbronn hatten die Sozialdemokraten, unterstützt wohl von den Demokraten, Erfolg.

Auch am Beginn der Weimarer Zeit ist eine ähnliche räumliche Verbreitung der rechten Stimmen festzustellen. In Baden waren die Deutschnationalen nirgendwo in der Mehrheit, doch am stärksten immerhin im Bereich des einstigen Wahlkreises Bretten vertreten. In Württemberg konnten sie offensichtlich in Stuttgart, Esslingen und Ludwigsburg einen besonders großen Teil der bisher nationalliberalen Wählerschaft an sich ziehen. Stärkste Partei waren die Deutschnationalen in den ländlichen, mehrheitlich evangelischen Bezirken ganz Nordwürttembergs. Selbst die alten Reichstagswahlkreise Heilbronn und Ludwigsburg wiesen infolge der Spaltung der Linken relative Mehrheiten für die konservativen Parteien auf. Bei der Wahl von 1924 hat sich die Anhängerschaft der Konservativen stärker gespalten. Der Anteil der Deutschnationalen war in den ländlichen Gebieten Badens meist sogar kleiner als der der badischen Bauernpartei. In Württemberg lagen die Dinge nicht anders. Die großstädtische rechtsgerichtete Wählerschaft entschied sich für die Deutschnationalen, der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund beherrschte die alten Wahlkreise Backnang, Crailsheim, Leonberg, Böblingen und Calw.

Mit Ausnahme des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes, der aber infolge der Quellenlage (s. o. S. 2) nicht mehr in seinen Stimmanteilen genau feststellbar ist, hat sich die politische Rechte 1930 zum einen Teil in wirtschaftlich orientierte Gruppen zersplittert, zum anderen Teil bereits radikalisiert. Die NSDAP ist vor allem in Nordbaden zu größeren Stimmengewinnen gekommen. In den alten Reichstagswahlkreisen Heidelberg und Karlsruhe besaß sie bereits die relative Mehrheit. Dies war noch nirgends in Württemberg der Fall, wo der Bauern- und Weingärtnerbund doch offensichtlich die Stellung von 1924 besser gehalten hat. Ganz deutlich sind die resistentesten Gebiete gegen die Radikalisierung auf der Rechten die ausgesprochenen Hochburgen des Zentrums: in Württemberg Oberschwaben und der alte Wahlkreis 13. In Baden hatten im allgemeinen die mehr evangelischen Gebiete einen größeren Zuwachs nationalsozialistischer Stimmen. 1932 trat die Zersplitterung der Bürgerlichen in Baden weniger in Erscheinung, die Radikalisierung um so stärker: jetzt war den Nationalsozialisten in größerem Maß auch der Einbruch in großstädtische und in katholische Wählerschichten gelungen. Ein Teil ihres Erfolges ging auch auf Kosten der Linksparteien. In Württemberg zeigt sich das nämliche Bild mit dem einen Unterschied, daß der Bauern- und Weingärtnerbund noch eine Restposition halten konnte und daß in Oberschwaben wie in Hohenzollern der Einbruch der Nationalsozialisten am geringsten blieb. Betrachtet man die Mehrheiten nach den alten Wahlkreisen, so zeigt sich, daß absolute Mehrheiten überhaupt nur vom Zentrum in seinen traditionellen Hochburgen, dem badischen Hinterland, Oberschwaben und Hohenzollern und in Aalen und Schwäbisch-Gmünd, noch erreicht wurden. In den mehrheitlich katholischen Gebieten Badens behielt das Zentrum noch eine relative Mehrheit, während diese sonst in ganz Baden den Nationalsozialisten zufiel. Ein mehrheitlich katholischer Bezirk, in dem trotzdem die NSDAP stärkste Partei wurde, war lediglich Offenburg, der aber mit Kehl und dem Hanauer Land ein verhältnismäßig großes evangelisches Gebiet mit umfaßte. Auch in Württemberg wiesen alle stärker evangelischen Wahlkreise die Nationalsozialisten als stärkste Partei aus: nur in Heilbronn hat sich wohl auch infolge eines starken Anteils der Bauern und Weingärtner die SPD behaupten können. Betrachtet man die beiden extremistischen Parteien NSDAP und KPD, so zeigt sich, daß in den meisten Gebieten des Landes die Feinde der Demokratie in der Minderheit waren. Ausnahmen bildeten in Baden die einstigen Wahlkreise Mannheim, Heidelberg, Bretten, Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg und Lörrach: im allgemeinen also wiederum die nicht mehrheitlich katholischen Gebiete. In Württemberg ist die Radikalisierung weniger weit gediehen. Sie ist dort nur in den alten Wahlkreisen Esslingen, Calw, Böblingen-Leonberg, Backnang und Crailsheim festzustellen. Stuttgart, Ludwigsburg und Heilbronn fallen aus, weil hier sich die SPD und zum Teil auch der Bauern- und Weingärtnerbund relativ gut gehalten haben. Allerdings gab es in Württemberg auch überwiegend ländliche Gebiete, die eine Radikalisierung aufwiesen, während das in Baden doch mehr den Industriezonen, die sich wiederum in Württemberg gegenüber dem Nationalsozialismus resistenter zeigten, vorbehalten blieb[7].

1949 war die politische Rechte nicht vertreten: sie hatte allgemein abgewirtschaftet. Eine gewisse Parallelität zu den spätem Jahren von Weimar stellen die neuen Zusammenschlüsse wie Notgemeinschaft und Sammlung zur Tat (SzT) dar, die ohne weltanschauliche Ausrichtung sich dem Wiederaufbau widmen wollten. Die viel stärkere Verbreitung ihrer Anhängerschaft in Nordwürttemberg und in Nordbaden, zumal in den ländlichen Gebieten, weist darauf hin, daß die Notgemeinschaft von den Heimatvertriebenen, die

in die französische Besatzungszone zunächst nicht aufgenommen worden waren und denen die Amerikaner anfangs die Bildung einer eigenen Partei verwehrten, als ihre Interessenvertretung angesehen wurde. Die Fortsetzung der Notgemeinschaft, die selbst auch fliegergeschädigte Altbürger aufnahm, bildete der BHE, der sich durch eine Spaltung immer stärker zur reinen Vertriebenenpartei entwickelte, allerdings 1957 nur noch eine Restposition halten konnte. Auch die NPD mit ihrem bei den Landtagswahlen 1968 viel mehr herausragenden Erfolg als bei Bundestagswahlen, steht in einem gewissen Zusammenhang mit den Denominationen des BHE. Mit der weitgehenden Eingliederung der Vertriebenen und vollends mit der Polarisierung in der Bundespolitik seit Bildung der sozialliberalen Koalition, verschwanden die Gruppierungen rechts von der CDU praktisch von der politischen Bühne[8].

## *Anmerkungen*

1 Die Wahl 1949 war aus technischen Gründen nur auf die Volkszählung von 1950 zu beziehen.

2 Im Wahlkreis 13 wurde abweichend von der Reichsstatistik die Farbe der Demokraten gewählt, da der Kandidat Moriz Mohl seiner ganzen Gesinnung nach dorthin gehört (in den Wahlakten als Großdeutscher bezeichnet, in der Reichsstatistik wohl irrtümlich der liberalen Reichspartei zugerechnet).

3 Baden, Wahlkreis 4 Lörrach-Müllheim: Freiherr v. Roggenbach, Hohenzollern: Kreisgerichtsdirektor Evelt.

4 Zur Wahrung der Kontinuität ist in der graphischen Darstellung der Reichsergebnisse die Bayerische Volkspartei dem Zentrum zugerechnet, ebenso für die Bundestagswahlen die CSU der CDU.

5 Die Ergebnisse in Baden-Württemberg, weniger im Bund waren bereits 1953 ähnlich eindeutig.

6 Fabrikant Eduard Bareiß, Parteistellung: »nationalliberal, auch gemäßigt liberal« zugewiesen.

7 Hier ist auch zu beachten, daß Baden von der Weltwirtschaftskrise viel früher als Württemberg erfaßt wurde.

8 Dabei muß festgehalten werden, daß die NPD bei ihrem relativ großen Erfolg in den Landtagswahlen von 1968 ihre Wählerschaft keineswegs vorwiegend aus bisherigen CDU-Wählern rekrutierte.

## *III. Quellen und Literatur*

### *1. Wahlergebnisse*

1871: Ausführliche Statistik der Wahlen für die erste und zweite Legislaturperiode des Deutschen Reichstags. Statistik des Deutschen Reichs. Erste Reihe Bd. 14, V, 1ff. (1876) – Vergleichende Zusammenstellung der entscheidenden Wahlen für die erste und zweite Legislaturperiode. Statistik des Deutschen Reichs. Erste Reihe Bd. 8,102ff. (1874-75).

1890: Die allgemeinen Wahlen für die achte Legislatur-Periode des Reichstags im Jahre 1890. Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Jg. 1890 April-Heft (1890) IV, S. 23ff.

1903: Allgemeine Statistik der Reichstagswahlen von 1903. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Ergänzungsheft zu 1903, IV (1904); zweiter Teil: Ergänzungsheft zu 1904, I (1904).

1912: Die Reichstagswahlen von 1912. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250 (1913).

1920: Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 291, 1-2 (1920).

7. Dez. 1924: Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924, Statistik des Deutschen Reichs 315 (1925-1928); darin: Die Wahlen am 7. Dezember 1924. Heft 3 und 4 (1925).

1930: Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930. Statistik des Deutschen Reichs 382 (1932).

31. Juli 1932: Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli und 6. November 1932 und am 5. März 1933. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 434 (1935); darin: Teil I. Die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli 1932. S. 8ff.

Wahlergebnisse in Baden GLA Karlsruhe, Bestand: Ministerium des Innern:

1871: 236/14 906
1890: 236/14 885-14 898
1903: 236/14 949; 14 965-14 980
1912: 236/15 001-15 022.

Statistische Mitteilungen über das Großherzogtum Baden. Hg. vom Großherzoglichen Statistischen Landesamt, Bde. XX, XXIV, XXIX, Karlsruhe 1903, 1907 und 1912.

Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 in Baden. Bearb. im Badischen Statistischen Landesamt. 1921.

Die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 in Baden. Bearb. im Badischen Statistischen Landesamt. 1925.

Die Reichstagswahl am 14. September 1930 in Baden. Bearb. im Badischen Statistischen Landesamt. 1930.

Die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 in Baden. 1932.

Die Reichstagswahl am 5. März 1933 in Baden. 1933.

Wahlergebnisse in Württemberg HStA Stuttgart, Bestand: Ministerium des Innern:

1871: E 146 Bü 928
1890: E 150 Bü 239
1903: E150 Bü 243
1912: E 150 Bü 245b.

GROSSE, C. und RAITH, C.: Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichs- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871. 1912.

Die Wahl zum ersten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 14. Aug. 1949 (Statistik von Baden-Württemberg 10) 1953.

Die Wahl zum zweiten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 6. Sept. 1953 (Statistik von Baden-Württemberg 11) 1953.

Die Wahl zum dritten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 15. Sept. 1957 (Statistik von Baden-Württemberg 43) 1958.

Die Wahl zum vierten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 17. Sept. 1961 (Statistik von Baden-Württemberg 80) 1962.

Die Wahl zum fünften Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 19. Sept. 1965 (Statistik von Baden-Württemberg 121) 1966.

Die Wahl zum sechsten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 28. Sept. 1969 (Statistik von Baden-Württemberg 166) 1970.

Die Wahl zum siebten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 19. Nov. 1972 (Statistik von Baden-Württemberg 200) 1973.

*2. Wahluntersuchungen und Darstellungen*

SPECHT-SCHWABE: Die Reichstagswahlen 1867-1903. [2]1904.

STUMPF-BRENTANO, Cl.: Wahlkarte des deutschen Reiches nach dem Ergebnis der Hauptwahlen vom 12.1.1912. 1912.

GRIESMAIER, J.: Die Reichstagswahlen im Wahlkreis Württemberg 1919-1930 in: Württ. Jbb. f. Statistik u. Landeskunde 1930/31.

CONZE,W.: Wahlsoziologie und Parteiengeschichte. In: Festschrift L. BERGSTRÄSSER. 1954.

Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Hg. E. FAUL. 1960.

BERTRAM, J.: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 28) 1964.

VOGEL, B. und HAUNGS, P.: Wahlkampf und Wählertradition. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961 (Politische Forschungen 7) 1965.

NOE, R.: Verfassung, Wahlrecht und andere Grundrechte des Bürgers im Reich, im badischen Staat, in Kreis, Gemeinde, Kirche und sonstigen Korporationen des öffentlichen Rechts. Nebst Anhang, Wahlkreise, Wahlstatistik, Verfassung und Wahlrecht in einigen anderen Staaten. Bühl o. J.

*3. Parlaments- und Parteiengeschichte*

Amtliches Reichstagshandbuch. Hg. vom Büro des Reichstags. Ausgaben 1839, 1898, 1903, 1907, 1912 mit Nachträgen.

BESSON.W.: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928 bis 1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik. 1959.

BERGSTRÄSSER, L.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. [9]1955.

BINZ, G.: Die Parteien. In: Das Großherzogtum Baden 2. [2]1912. S. 1089ff.

DREHER, E.: Anfänge der Bildung politischer Parteien in Baden. Jur. Diss. Freiburg. 1952.

HERZFELD, H.: Das Land Baden. Grundlagen und Geschichte. 1948.

KAACK, H.: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. 1971.

KATZ, J.: Die politische Lage in Baden. Ein Beitrag zur Beurteilung des badischen Parteiverhaltens. 1893.

MATTHIAS, E. und MORSEY, R. (Hg.): Das Ende der Parteien 1933. 1960.

MOLT, P.: Der Reichstag vor der improvisierten Revolution (Politische Forschungen 4) 1963.

NIPPERDEY, T.: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18) 1961.

OLZOG, G.: Die politischen Parteien (Geschichte und Staat 104) 1970.

Parteien in der Bundesrepublik (Schriften des Instituts für politische Bildung 6) 1955.

Die Parteien der Bundesrepublik. Hg. O. K. FLECHTHEIM. 1973.

Die westdeutschen Parteien. 1945-1965.1966.

RAPP, A.: Die Parteibewegung in Baden 1905-1928. 1929.

REHM, H.: Deutschlands politische Parteien. Ein Grundriß der Parteienlehre und des Wahlsystems. 1912.

ROSENBAUM, L.: Berufe und Herkunft der Abgeordneten zu den Deutschen und Preußischen Parlamenten 1847 bis 1919. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Parlaments. Die Paulskirche – eine Schriftenfolge. Frankfurt a. M. 1923.

SCHADT, J.: Die Sozialdemokratische Partei in Baden (Schriften des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 88) 1971.

SCHULZ, K. P.: Der Reichstag. Anfänge, Protokolle und Darstellungen. 1871-1933. 1963.

SCHWARZ, M.: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. 1965.

STILLICH, O.: Die politischen Parteien in Deutschland. 1-2. 1908, 1911.

STOLTENBERG, G.: Der deutsche Reichstag 1871-1873 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 7) 1955.

STRIEBICH, H.: Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Lande Baden. Phil. Diss. Heidelberg 1955.

TORMIN, W.: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 1966.

WIECK, H. G.: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 10) 1958.

Historischer Atlas von Baden-Württemberg: *Erläuterungen*
Herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg
3. Lieferung 1974
Druck der Erläuterungen: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart